

Protokollauszug

Sitzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung vom 28.04.2022

**Zu Ö 16 Einrichtung einer Stelle „Medientechnik“ am Euregionalen Medienzentrum, Ratsantrag der SPD vom 02.03.2022
geändert beschlossen
FB 45/0212/WP18**

Herr Hellmann erläutert, dass Hintergrund des ausgelegten erweiterten Beschlussvorschlags der SPD-Fraktion sei, deutlich zu machen, dass aufgrund des großen Umfangs an Aufgaben, die das EMZ leisten soll, kurzfristig ein zusätzlicher Stellenanteil einzurichten sei.

Herr Auler verweist darauf, dass die Vorlage eindeutig formuliert sei und den bestehenden Bedarf bereits darstelle. Grundsätzlich könne dies jedoch erst im nächsten Stellenplan berücksichtigt werden. Hier sei der Wunsch zu prüfen, ob eine Einrichtung und Besetzung der Stelle nicht bereits früher erfolgen und eine unterjährige Einrichtung ermöglicht werden könne.

Herr Brötz erläutert, dass die Genese dieses Prozesses nicht leicht zu erklären sei. Im Zusammenhang mit der Verhandlung der neuen öffentlich-rechtlichen Vereinbarung sei es u.a. zu Aufgabenverschiebungen gekommen. Anders als vorher, sei das EMZ nicht mehr für die medientechnische Beratung in Schulen oder das Rollout von Förderprogrammen zuständig, sondern nur noch für medientechnische Fortbildungen und Beratungen im EMZ selbst, die Marktbeobachtung und die Testung neuer Geräte. In der letzten Aufsichtsratsitzung des EMZ sei beschlossen worden, dass die Stelle „Medientechnik“ insgesamt um 0,5 VZÄ aufgestockt werden solle. Dieser Stellenumfang werde je zur Hälfte von der StädteRegion und der Stadt Aachen finanziert. Die Einrichtung einer 1,0 VZÄ Stelle sei bis jetzt noch nicht angesprochen worden und müsse auch vom Bedarf her begründet sein. Sofern es Wunsch der Politik sei, die Stelle unterjährig einzurichten, müsse dies entsprechend formuliert werden und könne dann in die weiteren Abstimmungen eingebracht werden. Herr Brötz macht den Vorschlag, dass das EMZ die Auskömmlichkeit der zusätzlichen Stellenressource bis Ende des Jahres prüfen könne. Das Ergebnis könne dann gegebenenfalls bei der neuen öffentlich-rechtlichen Vereinbarung berücksichtigt werden.

Herr Auler bekräftigt, dass dann der Wunsch bestehe, die 0,5 VZÄ möglichst unterjährig einzurichten.

Frau Schmitt-Promny bittet ebenfalls darum, die Stelle schnellstmöglich einzurichten.

Frau Keller schließt sich diesen Ausführungen an.

Es wird daher ein entsprechend geänderter Beschlussvorschlag formuliert.

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.
2. Er empfiehlt dem Personal- und Verwaltungsausschuss die Einrichtung einer zusätzlichen Stelle „Medientechnik“ im Umfang von 0,5 VZÄ, die nach Möglichkeit noch unterjährig besetzt werden soll.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: Ablehnung: Enthaltung:
einstimmig

Anlage 1 geänderter BV Ö15_SPD